

Bundesminister des Innern  
Herrn Alexander Dobrindt MdB

Dienstsitz Berlin  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin

Telefon 069 9150129-0  
info@wb-hessen.de  
www.weiterbildunghessen.de  
www.bildungsportal-hessen.de  
  
Frankfurter Sparkasse  
IBAN: DE 90 5005 0201 0000 4208 59  
SWIFT-BIC: HELADEF 1822  
  
Vereinsregister-Nr. VR 12 637  
Steuernummer 014 250 80430

Frankfurt am Main, 27. April 2026

## **Finanzierungsstopp bei Integrationskursen – Stellungnahme und Forderung zur Rücknahme**

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,

als Interessenvertretung zahlreicher Bildungsträger in Hessen wenden wir uns mit großer Sorge und deutlichem Widerspruch an Sie bezüglich des aktuell verhängten Finanzierungs- und Zulassungsstopps für Integrationskurse.

Diese Entscheidung trifft unsere Mitgliedseinrichtungen in einer Phase, in der sie auf Grundlage verlässlicher politischer Rahmenbedingungen erhebliche personelle, strukturelle und infrastrukturelle Investitionen getätigt haben, um Integrationskurse qualitativ hochwertig und flächendeckend umzusetzen. Als Träger staatlich beauftragter Integrationsleistungen sind sie ein zentraler Bestandteil der operativen Umsetzung der Integrationspolitik des Bundes.

### **Gefährdung von Trägerstrukturen und Beschäftigung**

Der Finanzierungsstopp gefährdet unmittelbar die wirtschaftliche Stabilität der Träger. Es drohen der Abbau von Personal, insbesondere qualifizierter Lehrkräfte, sowie die Schließung von Standorten unserer Mitgliedseinrichtungen. Über Jahre aufgebaute professionelle Strukturen und Netzwerke werden nachhaltig beschädigt. Ein späterer Wiederaufbau wäre mit einem erheblichen Aufwand an Kosten und Zeit verbunden.

### **Eingriff in Planungssicherheit und Investitionsschutz**

Unsere Mitgliedseinrichtungen haben im Vertrauen auf die Kontinuität staatlicher Programme investiert – in Infrastruktur, Personal und Qualitätssicherung. Der abrupte Stopp stellt dieses Vertrauen infrage und unterminiert die notwendige Planungssicherheit für Träger, die im öffentlichen Auftrag handeln.

### **Einschränkung von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe**

Integrationskurse sind ein zentrales Instrument für Spracherwerb, Orientierung und gesellschaftliche Teilhabe. Die aktuelle Situation führt dazu, dass Teilnehmende keinen zeitnahen Zugang zu Kursen erhalten. Dies verzögert Integrationsverläufe erheblich und erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt.

### **Arbeitsmarkt- und volkswirtschaftliche Folgen**

Die Einschränkung der Integrationskurse steht im Widerspruch zu arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen, insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Verzögerte Integration führt zu höheren Folgekosten durch längere Transferleistungsbezüge und ungenutzte Arbeitsmarktpotenziale.

### **Unsere Position als Verband**

Unsere Mitglieder leisten als verlässliche Partner des Bundes einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung integrationspolitischer Ziele. Vor diesem Hintergrund erwarten wir stabile, transparente und planbare Rahmenbedingungen.

Daraus ergeben sich aus unserer Sicht folgende notwendige Schritte:

- die umgehende Rücknahme des Finanzierungs- und Zulassungsstopps für Integrationskurse,
- die Sicherstellung einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung,
- eine strukturierte Einbindung der Träger in zukünftige Entscheidungsprozesse zur Weiterentwicklung der Integrationskurse.

Gerne stehen wir für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Eine leistungsfähige Integrationsinfrastruktur ist im Interesse der Kurs-Teilnehmenden, der Träger und nicht zuletzt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Wir bitten Sie eindringlich, die aktuellen Entscheidungen zeitnah zu überprüfen und zu revidieren.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Haberl  
Vorstandsvorsitzender

Christian Spahn  
Geschäftsführer